



SPD

Stadtratsfraktion



Richard-Wagner-Straße 60, 97318 Kitzingen

Telefon: 0151 5983 5240

Herrn Oberbürgermeister Dr. Tiz
cc. Mitglieder des Stadtrats
Kaiserstraße 13-15

97318 Kitzingen

22.06.2026

Antrag SPD 04-2026: Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in Kitzingen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Tiz,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

in den letzten Jahren kam es zu vermehrten Beschwerden wegen der erhöhten Lärmbelästigung, zunehmender Verschmutzung der Gehwege, Vandalismus und abgestellter Schrottautos. Außerdem werden viele Häuser in der Innenstadt offensichtlich von ihren Eigentümern dem Verfall überlassen. Dies alles hinterlässt bei den Besuchern unserer Stadt einen unguten Eindruck und auch die Bewohner leiden unter diesen Umständen.

Die bisherigen Bemühungen (zusätzliche Reinigungskräfte, Plakatierung, Aufrufe etc.) verliefen mehr oder weniger im Sand. Es hat sich gezeigt, dass gutgemeinte Appelle an die Bevölkerung wenig bis nichts bewirken. Einzelne Aktionen wie Ramadama in der Siedlung oder den Ortsteilen einmal ausgenommen.

Deshalb schlagen wir ein Bündel an Maßnahmen vor, die dazu führen sollen, das Erscheinungsbild und damit auch die Lebens- und Aufenthaltsqualität in unserer Stadt zu erhöhen. Damit stärken wir nicht nur die Attraktivität Kitzingens, sondern sichern einen der wichtigsten weichen Standortfaktoren.

Vor diesem Hintergrund stellen wir den nachfolgenden Antrag, dessen Einzelpunkte wir bitten, getrennt zur Beschlussfassung vorzulegen.

Antragstellung:

1. Lärmbelästigung

Nächtliches Fahrverbot in der Kaiserstraße und der Luitpoldstraße ab 23.00 Uhr (Ausnahme Anwohner)

Die bestehende „Verordnung über die Vermeidung von unnötigem Lärm im Stadtgebiet der Großen Kreisstadt Kitzingen (Lärmschutzverordnung)“ ist entsprechend zu ergänzen und Verstöße mit entsprechendem Bußgeld zu belegen.

2. Erhalt der Bausubstanz in der Innenstadt

Ein Bußgeldkatalog ist zu erstellen oder der bestehende zu erweitern, um das Nichtbefolgen von Aufrufen zur Sicherung der Bausubstanz zu sanktionieren oder eigene Maßnahmen von Seiten der Stadt durchzuführen und die Kosten, versehen mit einem Bußgeldaufschlag, dem Eigentümer in Rechnung zu stellen.

Sofern dies noch nicht in einer entsprechenden Verordnung geregelt ist, beantragen wir das Erarbeiten einer geeigneten Verordnung. Verstöße sind umgehend zu sanktionieren.

3. Sauberkeit

- a) Wir beantragen die Erstellung und Umsetzung eines Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung der Sauberkeit in unserem Stadtgebiet. Dies soll gemeinsam mit den in der Innenstadt ansässigen Gewerbetreibenden, dem Stadtmarketingverein, den Einrichtungen der Stadt (jungStil, VHS, Tourismusbüro, dem Quartiersmanagement) und den Grundschulen erstellt werden. Ziel soll es sein, akute Zustände gezielt und zeitnah zu verbessern und dies auch langfristig durch Aufklärung in den städtischen Einrichtungen und in den Schulen sicherzustellen.
- b) In diesem Zusammenhang wird angeregt, dass in den Stadtteilen ein Wettbewerb ausgerufen wird, der die Sauberkeit und die Verbesserung der Fassadengestaltung prämiiert. Der auszulobende Preis könnte die Finanzierung eines Stadtteilstestes sein.
- c) Den Verschmutzungen der Gehwege und in einigen Fällen der Hauseingänge ist entschlossen nachzugehen. Verstöße sind auf Grundlage des bestehenden Bußgeldkatalogs konsequent zu ahnden.
- d) Darüber hinaus beantragen wir, statt der heutigen Regelung „... mit einer Geldbuße bis zu eintausend Euro ...“ eine Abstufung für die unterschiedlichen Verschmutzungen in die Verordnung aufzunehmen. Der bayerische Bußgeldkatalog soll hierbei als Orientierung dienen. Dort gibt es Verwarnungsgelder zwischen 15 € und 55 € und Bußgelder bis zu dem in unserer Verordnung genannten Betrag. Eine derartige Abstufung erachten wir als sinnvoll.

4. Aufstellen von mehr Abfallbehältern im innerstädtischen Bereich

Wir beantragen, im gesamten Stadtgebiet, insbesondere im innerstädtischen Bereich, entlang der Mainlände auf der westlichen Mainseite und auf der gegenüberliegenden Mainseite von der Konrad-Adenauer-Brücke nordwärts bis zum Wohnmobilstellplatz die Anzahl der Mülleimer und Hundekotbehälter zu erhöhen.

Gegen das immer wieder vorgebrachte Argument, mehr Abfallbehälter würden zu immer mehr Müll führen kann man Beispiele aus anderen Städten, vor allem in der Schweiz entgegenhalten, wo in den Innenstädten die Abfallbehälter in einem max. Abstand von 50 Metern aufgestellt sind.

In anderen Städten führen farbige Linien auf den Gehwegen zum nächsten Mülleimer. Es gibt also genügend Beispiele, an denen man sich orientieren kann und soll.

5. Sonstige Maßnahmen

Eine Videoüberwachung des öffentlichen Raums ist in Bayern verboten. Aber es gibt eine Reihe von Möglichkeiten, dem Abladen von „wildem Müll“ zu begegnen:

- a) Der kommunale Ordnungsdienst übernimmt entsprechende Streifgänge im Stadtgebiet; dies würde der Abschreckung dienen
- b) Das Einrichten einer Mängelmelder-App mit deren Hilfe Bürger wilden Müll per Smartphone, Foto und GPS-Ortung direkt an den Bauhof melden können
- c) In Ergänzung zu 3b) könnten mit dem Einrichten von Müllpatenschaften Bürger direkt eingebunden werden
- d) Konsequentes Anwenden der unter 3d) beantragten Erweiterung des Bußgeldkatalogs.

6. Finanzierung

Die Stadtverwaltung erstellt einen Plan zur Finanzierung der vorgenannten Maßnahmen und stellt die erforderlichen Mittel in den Haushalt ab 2027 und für die Folgejahre ein.

Uns ist bewusst, dass es sich dabei um teilweise sehr drastische Maßnahmen handelt, aber alle gutgemeinten und auf das Verständnis abzielenden Aktionen und Appelle haben nicht das erwünschte Ergebnis gebracht und sind am Ende verpufft.

Deshalb ist es aus unserer Sicht dringend geboten, der zunehmenden Vermüllung der Stadt und der drohenden Verwahrlosung von einigen Häusern nicht nur mit teilweise drakonischen Strafen und akut wirkenden Maßnahmen zu begegnen, sondern auch langfristig wirkende Instrumente, wie unter 3a) beschrieben, zu erarbeiten und einzusetzen.

Wir haben lange genug an den Symptomen herumgedoktert, es ist nun Zeit, sich um die Ursachen zu kümmern und Missstände zu sanktionieren.

Den dafür nötigen Mut sollten wir jetzt aufbringen, um diesen, von vielen seit Jahren beklagten Zuständen, endlich offensiv und mit der nötigen Härte, aber auch mit langfristig wirkenden Maßnahmen zu begegnen.

Wir bitten Sie daher, diesem Antrag zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Paul
SPD Stadtratsfraktion Kitzingen

